





	
<p>komplett.</p> <p><b>Sofortmaßnahmen</b></p> <p>Deckelung der Eigenanteile, damit Bewohner*innen bei pflegebedingten Kosten der stationären Versorgung entlastet werden.</p> <p>Herauslösung versicherungsfremder Leistungen aus SPV</p> <p>Verwendung Pflegevorsorgefonds für die Refinanzierung dringend erforderlichen Personals.</p> <p>Finanzierung medizinischer Behandlungspflege in stationären Einrichtungen durch Krankenkassen.</p> <p>Keine Absenkung von Qualitätsstandards; in keinem Bereich darf der Einsatz von Fachkräften reduziert werden.</p> <p><b>Ausbildung</b></p> <p>Gesetzlicher Anspruch auf angemessene Ausbildungsvergütung sowie kostenfreie Ausbildung für alle Auszubildenden.</p> <p>Gesetzlicher Anspruch auf angemessene Vergütung für die Studierenden nach dem Pflegeberufgesetz.</p> <p>Anspruch auf geplante und strukturierte Praxisanleitung</p>	<p>und in der Pflege werden wir die Aus- und Weiterbildung stärken und die Reform der Berufsgesetze vollenden.</p> <p>Die auf den Weg gebrachte Abschaffung des Schulgeldes in den Gesundheitsberufen und die Einführung einer allgemeinen Ausbildungsvergütung wollen wir zügig umsetzen.</p> <p>Mit den Ländern Harmonisierung der Assistenz Ausbildung in der Pflege, attraktive Arbeitsbedingungen schaffen, bundesweite Vergütung der Auszubildenden in der Pflegefachassistenz.</p>	<p>ten. Damit werden sie kostenfrei und die Auszubildenden erhalten eine Vergütung.</p> <p>Die dualen akademischen Ausbildungswege und damit die Bedeutung der Professionalität in diesen Berufsfeldern sollen gestärkt werden, Qualität gesichert und Karriereoptionen für die Beschäftigten eröffnet werden.</p>	<p>Schaffung gemeinnütziger Plattformen für Ambulante Pflegedienste und Solo-selbstständige Pflegenden und Durchsetzung von Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige: sechs Wochen Freistellung bei vollem, arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich.</p> <p>Bei Pflegebedarf soll durch Pflegebedürftige selbst entschieden werden können, ob Entlastungs-, Verhinderungs-, Tages- oder Kurzzeitpflege nötig ist.</p> <p>Umlegen der Kosten von digitalen Anwendungen auf die Bewohner*innen von Pflegeeinrichtungen lehnen wir ab.</p> <p>DIE LINKE lehnt die Einführung von Pflegekammern ab.</p> <p>Regionale Versorgungszentren sollen mittelfristig zum Rückgrat des ambulanten Sektors werden.</p> <p><b>Ausbildung:</b></p> <p>Stärkung der Qualifizierung und eine bessere Bezahlung der Gesundheits- und Heilberufe.</p> <p>Aus- und Fortbildung in Gesundheitsberufen muss gebührenfrei sein und</p>	<p>den.</p> <p>Bei der unzureichenden Reform der Psychotherapie-Ausbildung muss nachgebessert werden, sodass angehende Psychotherapeut*innen endlich unter guten Bedingungen ausgebildet werden.</p> <p>Schaffung von Gesundheitsregionen in enger Anbindung an Kommunen.</p> <p>Perspektivisch gemeinsame Abrechnungssystematik von ambulanten und stationären Leistungen.</p> <p>Unterstützung bei Einrichtung kommunaler Gesundheitszentren.</p> <p><b>ÖGD</b></p> <p>Schaffung eines Bundesinstitutes für Gesundheit. Ziel: Gesundheitsziele und Qualitätsvorgaben für die Weiterentwicklung der Versorgung entwickeln und bestehende Strukturen des Bundes zur Förderung der Gesundheit bündeln.</p> <p>Ein Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben soll in ÖGD fließen.</p>	<p>Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade in ein monatliches Budget überführen, über das selbst verfügt werden kann.</p> <p>Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche patientenzentriert.</p> <p>Abbau Sektorengrenzen.</p> <p>Integrierte Gesundheitszentren sichern die regionale Grundversorgung mit ambulanten und kurzstationären Behandlungen.</p> <p>Grundsatz „ambulant vor stationär“</p> <p>Programme für Versorgungsstrukturen im ländlichen Raum.</p> <p>Die gesetzlichen Vergütungsregelungen erschweren es derzeit, Behandlungsmethoden aus dem Krankenhaus in den ambulanten Sektor zu überführen.</p> <p>Für die Dauer der Entscheidungsverfahren muss die stationäre Vergütung erhalten bleiben.</p>





<p>für alle Ausbildungen etablieren. Umfang von min. 20 % der praktischen Ausbildung gesetzlich verankern.</p> <p>Festlegung von bundeseinheitlichen Qualitätsstandards für theoretische und praktische Ausbildung, wie bundesweit einheitliche, sozialpartnerschaftlich erarbeitete Rahmenpläne.</p> <p>Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb als Ausbildungsträger, der für die Ausbildung verantwortlich ist, abschließen.</p> <p>Bundesweit <b>einheitlicher Rechtsrahmen für die Heilberufe</b> nach dem Vorbild BBiG - Finanzierung der Ausbildungskosten analog zum dualen System.</p> <p><b>Öffentlicher Gesundheitsdienst</b></p> <p>Erweiterung Aufgabenspektrum: elementare Beratungsaufgaben, internationale Zusammenarbeit, Versorgungsforschung, Gesundheitsberichtserstattung, uvm.</p> <p>ÖGD personell stärken: „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ verstetigen, vorgeschlagene Maßnahmen zur Stärkung der Fort-, Aus- und Weiterbil-</p>			<p>Arbeitsleistungen während der Ausbildung müssen vergütet werden.</p> <p>Die Ausbildung in den Berufen, die nicht dual geregelt sind, also zum Beispiel in allen Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsberufen, muss besser finanziert werden. Schulgeld soll grundsätzlich entfallen und ein am Tarif orientiertes Ausbildungsgeld gezahlt werden.</p> <p>Unterstützt das gewerkschaftliche Engagement für bundesweite Ausbildungsverordnungen und Ausbildungsvergütungen in der Gesundheitsbranche.</p> <p>Vorhaltekosten für Material und Behandlungskapazitäten des ÖGD ist durch Bund komplett zu decken.</p> <p>ÖGD auch bei der Prophylaxe von Infektionen durch Reihenimpfungen in Kitas, Schulen und Betrieben aktiv.</p> <p>Die Stimme der Pflege und deren personelle Vertretung in den Gremien der Selbstverwaltung ist zu stärken.</p> <p>Patientenvertreter*innen sollen in Zukunft mit</p>		
---	--	--	---	--	--



					
<p>derung und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs.</p> <p>Anerkennung und Aufwertung der Haushaltsnahen Dienstleistungen als Teil des Arbeitsmarktes und als Teil des Care-Systems; sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Tarif bezahlt.</p>			<p>Stimmrechten in Gremien der gemeinsamen Selbstverwaltung vertreten sein.</p>		



Daseinsvorsorge Sozialstaat	Daseinsvorsorge Sozialstaat	Daseinsvorsorge Sozialstaat	Daseinsvorsorge Sozialstaat	Daseinsvorsorge Sozialstaat	Daseinsvorsorge Sozialstaat
<p>Der Investitionstau kann nur mit Hilfe eines höheren öffentlichen Investitions- und Ausgabenpfad aufgelöst werden. <b>Jedes Jahr müsste ein mittlerer zweistelliger Milliardenbetrag zusätzlich investiert werden</b>, um die große Investitionslücke Schritt für Schritt zu schließen.</p> <p>Die Auflösung des <b>Personalmangels</b> in den öffentlichen und sozialen Dienstleistungen erfordert dauerhaft höhere Staatsausgaben.</p> <p>Um Investitionen zu planen und Investitionsmittel abrufen zu können, müssen die entsprechenden <b>Personalkapazitäten</b> in den <b>Kommunen</b> aufgestockt werden.</p> <p><b>Öffentlicher Dienst</b></p> <p>ver.di fordert vom Bund, mit Ländern und Gemeinden gemeinsame Strategien zur Gewinnung, Bindung und Entwicklung von Fachkräften bzw. ihres Fachkräftepotenzials zu entwickeln, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern, öffentliche Daseinsvorsorge auf Höhe des</p>	<p><b>Modernisierungsjahrzehnt und Entfesselungspaket</b></p> <p>Soziale Marktwirtschaft fort-schreiben, Ordnung des Marktes durch den Staat (Regeln), jedoch nimmt der Staat selbst nicht am Geschehen teil.</p> <p>Keine neuen Belastungen für die Wirtschaft.</p> <p><b>Lohnzusatzkosten</b> auf maximal 40 % halten.</p> <p>Investitionen in Digitalisierung, Wasserstoff, Antriebstechnik/Ladeinfrastruktur, Klimaschutz, Verkehr, KMUs, IT-Sicherheit, Bundeswehr, Wohnen.</p> <p><b>Bürokratie</b> abbauen: bürokratiefreies Gründungsjahr (auch: keine Dokumentationspflichten), steuern- und sozialabgabefreie Sachzuwendungen für Arbeitnehmer ausweiten</p> <p><b>Modernisierungsjahrzehnt für den Staat:</b> Beschleunigung und Verkürzung der Verwaltungsprozesse, gemeinsame offene Standards und Schnittstellen für die Verwaltungsinfrastruktur:</p>	<p><b>Zukunftsfähige Wirtschaft fördern</b></p> <p>Staat als strategischer Investor mit Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiger Beschäftigung.</p> <p>Hohes Investitionsniveau mit mind. 50 Mrd. Euro/Jahr fortsetzen, Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) verstetigen.</p> <p>Finanz- und Investitionskraft der Kommunen erhalten und stärken, von Sozialausgaben entlasten, einmalig hohe Altschulden abnehmen (auch: Altschulden ostdt. Wohnungsbaugesellschaften).</p> <p>Start-ups fördern, Rolle der KfW nutzen, One-Stop-Agenturen, öffentl. Fonds für Wagniskapital.</p> <p>Nationale Strategie gemeinwohlorientierter Unternehmen und sozialer Innovationen (rechtliche Rahmen für Genossenschaften, Sozialunternehmen, Integrationsunternehmen und Unternehmen in Verantwortungseigentum</p>	<p><b>Sozialökologische Investitionsoffensive</b></p> <p>Jährlich über 120 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren.</p> <p>Durch mehr öffentliche Investitionen und eine gerechte Verteilung der Arbeit können über eine Million neuer Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit (mit 30 Stunden pro Woche) geschaffen werden.</p> <p>Mehr Personal in Pflege und Gesundheit, je 100.000 mehr Pflegekräfte.</p> <p>Mehr Bildung für alle; 200.000 mehr Erzieher*innen und 100.000 mehr Lehrer*innen und pädagogisches Personal und Ausbau Infrastruktur.</p> <p>Erneuerbare Energienwende; bis 2030 100.000 neue Arbeitsplätze in der Produktion, Installation und Wartung.</p> <p>Ausbau von Bus und Bahn.</p> <p>Starke Kommunen mit klimaneutraler, sozialer Infrastruktur für ein besseres</p>	<p><b>In die Zukunft wirtschaften</b></p> <p>Sozial-ökologische Marktwirtschaft im Sinne des Gemeinwohls begründen: Wohlstand mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit verbinden; Wirtschaft braucht klare verlässliche Verhältnisse und Rahmenbedingungen sowie Anreize (Streichung klimaschädlicher Subventionen, Ordnungspolitik).</p> <p>Öffentliche und private <b>Investitionsoffensive</b> und vorsorgende Haushaltspolitik</p> <p>Pro Jahr <b>zusätzlich</b> 50 Milliarden Euro investieren (auch: Gender Budgeting): Internet, Spitzenforschung, Verkehrs-/Klimaschutz-technologie, Energiespeicher, Erneuerbare, Stadtentwicklung.</p> <p>Neustart nach der Corona-Krise: KMU mit steuerlichem Verlustrücktrag helfen, Abschreibungsbedingungen reformieren, vereinfachtes Restrukturierungsverfahren, Kulturförderpolitik und zweite Gründungschance; keine Staatshilfen für Firmen, die Dividenden ausschütten.</p>	<p><b>Aufholwettbewerb</b></p> <p>Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit werden, statt Steuern und Abgaben.</p> <p>Höhe der Sozialausgaben grundsätzlich bei 50 Prozent des Bundeshaushalts deckeln.</p> <p>Ziel, dass 2025 25 Prozent des BIP investiert werden, vor allem privat, nicht vom Staat.</p> <p>Infrastrukturen ausbauen.</p> <p>Mittelstand, Selbständigen und Start-ups mehr Raum geben.</p> <p>Nach der Corona-Krise braucht es echte <b>Modernisierungsimpulse:</b> entlasten, entfesseln, investieren.</p> <p>„4 Mal 1.000 Euro“ Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik verbinden: bis zu 1.000 Euro beim MidlifeBAföG, in einem ersten Schritt zusätzliche 1.000 Euro Steuerfreibetrag für Mitarbeiterkapitalbeteiligung und 1.000 Euro Sparer-Pauschbetrag sowie für jedes neugeborene Kind</p>



					
<p>gesellschaftlichen Entwicklungsstands zu gewährleisten und den Wandel durch die Digitalisierung zu begleiten.</p> <p>Deshalb: der Abbau sachgrundloser Befristungen und Kettenbefristungen; koordinierte Strategien, um Konkurrenz zwischen den Arbeitgebern im öffentlichen Dienst zu vermeiden; verstärkte Anstrengungen für mehr Ausbildung; systematische Fort- und Weiterbildung; eine höhere Durchlässigkeit aufgrund beruflicher Erfahrung statt formaler Abschlüsse; konzeptgebundene Personalentwicklung als Pflichtaufgabe und tarifliche Gestaltung und Mitbestimmung der Prozesse</p> <p><b>Wohnen</b></p> <p>ver.di spricht sich für eine Stärkung der öffentlichen, insbesondere der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen aus.</p> <p>Kostengünstige Überlassung von nicht benötigten Grundstücken durch Bund.</p> <p>Fonds des Bundes, mit dem dieser den Kommunen bei entsprechenden Grundstückskäufen</p>	<p>digitalisieren, standardisieren und beschleunigen.</p> <p><b>Planungen, Genehmigungen und Vergaben</b> beschleunigen und entbürokratisieren.</p> <p>Föderalismus erhalten, jedoch eine <b>Föderalismusreform</b> durchführen: Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen; Finanzbeziehungen neu ordnen.</p> <p>Gesetzgeberische Zurückhaltung: 20 Prozent weniger Gesetze pro Legislaturperiode beschließen.</p> <p>Digitale Bürgeridentität (e-ID) schaffen: u.a. Steuer-ID und Sozialversicherungsnummer zusammenführen, einheitlicher Ansprechpartner</p> <p><b>ÖD als Arbeitgeber:</b> zwei Säulen Tarifangestellte und Berufsbeamtentum soll bestehen bleiben, Beschäftigte fördern, Talente anwerben, Dienstrecht reformieren.</p> <p><b>Wohnen</b></p> <p>KfW-Wohneigentumsprogramm für Familien ausweiten, Darlehen, Tilgungszuschüsse oder Zinsverbilligungen nach</p>	<p>verbessern).</p> <p>Transformation: bestehende dezentrale Strukturen zu Transformationszentren bündeln (auch für Beschäftigte und Gewerkschaften)</p> <p>Solidarität für besonders von Corona-Pandemie betroffene Wirtschaftsbereiche zukommen lassen.</p> <p><b>Öffentlicher Dienst</b></p> <p>Modernisierungsoffensive und bessere Zusammenarbeit der Verwaltung.</p> <p>Hinreichende Personalausstattung und geeignete Fortbildungsmaßnahmen.</p> <p>Nationale Aktionspläne der Open Government Partnership umsetzen und weiterentwickeln.</p> <p><b>Deutsche Post</b></p> <p>Zerschlagung und vollständige Privatisierung verhindern, Branche sozial und ökologisch ausrichten.</p> <p><b>Bezahlbares Wohnen</b></p> <p>Alle Beteiligte an einen Tisch bringen (u.a. auch Gewerkschaften), Neubau von 100.000 Sozialwohnungen/jährlich, neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen, zeitlich befristetes Mietmora-</p>	<p>Leben: Entlastung der Kommunen, fördern benachteiligte Regionen und investieren in gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West.</p> <p>Rettungsschirm für Industrie-arbeitsplätze. Mit einem staatlichen Transformationsfonds über 20 Milliarden Euro im Jahr soll der notwendige ökologische Umbau insbesondere in der Autozulieferindustrie unterstützt werden.</p> <p>Investitionsprogramm für einen zukunftssicheren Umbau hin zu einer klimaneutralen Stahl- und Grundstoffindustrie.</p> <p>Privatisierte Bereiche der <b>Daseinsvorsorge</b> wollen wir rekommunalisieren. Wir wollen dafür sorgen, dass der Bund den Kommunen Mittel für die Rekommunalisierung von Wohnungen, Krankenhäusern, Wasser- und Energieversorgung zur Verfügung stellt. Das kann über einen <b>Rekommunalisierungsfonds</b> geschehen. Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände durch ein verbindliches Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der auf Bundesebene.</p>	<p>Investitionen von Unternehmen zeitlich befristet degressiv mit 25 Prozent abschreiben lassen, steuerliche Forschungsförderung (auch für KMU und Startups).</p> <p>Vor allem für <b>KiTas</b> und den Primarbereich werden wir die Investitionen deutlich erhöhen.</p> <p>Einführung eines Bundesqualitätsgesetzes, Mindeststandards bei Personalsätzen, Engagement des Bundes beim KiTa-Ausbau verstärken.</p> <p><b>Ausbildung zur Erzieher*in</b></p> <p>Faire Ausbildungsvergütung und Schulgeldfreiheit.</p> <p><b>ÖPP</b>-Verträge nur, wenn sie langfristig und sicher einen Mehrwert oder geringere Kosten für die Steuerzahler*innen ergeben.</p> <p>Weitere <b>Privatisierungen</b> öffentlicher Unternehmen im Bereich der öffentlichen Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge lehnen wir ab.</p> <p><b>Wohnen</b></p> <p>Recht auf Wohnen ins Grundgesetz.</p> <p>Neuorientierung zu einem gemeinwohlorientieren</p>	<p>ein steigender Startbonus von 1.000 Euro in der gesetzlichen Aktienrente.</p> <p><b>Zukunftsfonds</b> (Dachfonds) zur Start-up-Finanzierung deutlich ausbauen.</p> <p>1 Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung investieren (2,5Mrd. € zusätzlich). Schulen und Kitas finanziell stärken.</p> <p><b>Finanzierung</b> auf drei Säulen stellen: einen Sockelbetrag entsprechend der Größe der Einrichtung, Bildungsgutscheine, die pro Kind einen Zuschuss gewährleisten, und einen „German Dream“-Zuschuss für Kinder mit niedrigem sozioökonomischen Status. Dazu sollen sich Bund und Länder unter Einbeziehung der Kommunen in einem Staatsvertrag verpflichten.</p> <p>Umfassende <b>Föderalismus- und Verwaltungsreform</b> einen modernen und handlungsfähigen Staat schaffen.</p> <p><b>Wohnen</b></p> <p>keine Enteignungen, keine Mietpreisbremse, kein Mietendeckel, Skepsis gegenüber Erhaltungs-</p>



<p>unterstützt. Beteiligungsfonds des Bundes, der sich zur Stärkung des Eigenkapitals an öffentlichen und gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen beteiligt. Neue Wohngemeinnützigkeit einführen. Keine verbesserten steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten, da wenig zielgenau. Striktere Regulierung von Mietverhältnissen und -preisen. Mietpreisbremse bundesweit, einheitlich und unbefristet. Verbandsklagerecht für Mietervereine. Bestand: Mieterhöhung darf innerhalb von drei Jahren nicht mehr als 10 % betragen (6 % in angespannten Wohnlagen). Wohnungsunternehmen, die öffentliche Fördermittel erhalten, müssen der Tarifbindung unterliegen.</p> <p><b>Bildung/Erziehung/Betreuung</b></p> <p>ver.di fordert die Einführung eines Qualitätsgesetzes, welches die Mindeststandards für alle öffentlich verantworteten Tageseinrichtungen (einschließlich der schulischen Ganztagsangebote) für Kinder und das Unter-</p>	<p>Anzahl der Kinder staffeln, Förderung des energetischen Sanierens des Familien-eigenheims, den Ländern ermöglichen einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 pro Erwachsenen plus 100.000 Euro pro Kind beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohnraums zu gewähren.</p> <p>kein Mietendeckel.</p> <p>Ziel: bis 2025 sollen mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen, verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten beim Mietwohnungsbau verlängern, Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, Umland von Großstädten stärken: moderne Grundversorgung und Anbindung an Bahn und Bus.</p> <p>Nachhaltig, bezahlbar und altersgerecht bauen: umweltfreundliche Baustoffe, Flächenverbrauch geringhalten, barrierefrei bauen, sozialen Wohnungsbau fördern (Wohngeld ab 2022 regelmäßig anpassen; mit Ländern erörtern, ob sie auf jeden Bundes-Euro mindestens einen Euro</p>	<p>torium, Mietwucher unterbinden, qualifizierter und rechtssicherer Mietspiegel.</p> <p>Bodenpolitik am Gemeinwohl orientieren, Vorkaufsrecht für Kommunen zu fairen Preisen, keine kommunalen Wohnbauflächen veräußern bzw. zurück erwerben, Schaffung von Bodenfonds, Erwerb von Genossenschaftsanteilen erleichtern, Mietkaufmodelle fördern, Housing-First-Konzepte gegen Obdachlosigkeit</p> <p>Von Ländern getragene Städtebauförderungen absichern – Innenstädte lebendig halten (Mietpreisbegrenzung, Mieterschutz bei Gewerbeimmobilien)</p> <p><b>Bei Erzieher*innen,</b> Lehrer*innen, Sozialpädagog*innen und Beschäftigte in der Jugendhilfe fehlt es an Personal. Die Länder werden beim Ausbau von Kitas, Ganztagsbetreuung an Schulen und Jugendeinrichtungen unterstützen. Ziel: Zahl der Nachwuchskräfte in den erzieherischen Berufen bis 2030 bundesweit verdoppeln.</p> <p><b>Ausbildung zur Erzieher*in</b></p> <p>Attraktive, vergütete und</p>	<p><b>Miete und Boden</b></p> <p>Mieten bundesweit deckeln.</p> <p>Sozialen, kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau ausweiten.</p> <p>Aus ehemaligen Kasernen Sozialwohnungen machen.</p> <p>Neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen.</p> <p>Bezahlbaren Wohnraum vorrangig im Bestand.</p> <p>Energetische Sanierungen.</p> <p>Mieter*innenrechte stärken, Milieuschutz ausweiten</p> <p>Klimacheck für alle Gebäude bis 2025.</p> <p>Keine Spekulation mit Bauland: Preise deckeln, Anti-Spekulations-Gesetz.</p> <p>Programm zur Finanzierung des Kaufs von Grundstücken durch Bund, Länder und Kommunen.</p> <p>Kommunales Vorkaufsrecht ausweiten, Kaufpreise limitieren.</p> <p>Wohngeld erhöhen.</p> <p>Neue Ausrichtung der Städtebauförderung des Bundes.</p> <p><b>Kitas</b></p> <p>Bundeweit einheitlichen</p>	<p>Wohnungsmarkt</p> <p>Nationales Programm gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit</p> <p>Wohnungsgipfel einberufen für einen Dialog auf Augenhöhe (Gewerkschaften nicht genannt)</p> <p>Keinen krisenbedingten Wohnungsverlust und „Sicher-Wohnen-Programm“ der KfW sicherstellen.</p> <p>Mittel für sozialen Wohnungsbau erhöhen statt sie zu kürzen, vorhandene bundeseigene Bestände nicht mehr an private Investoren veräußern, in 10 Jahren 1 Million mehr Sozialwohnungen, durch neue Wohngemeinnützigkeit 1 Million. zusätzliche Wohnungen.</p> <p>Bundesweites Gesetz für Mietobergrenzen, Entfristung und Nachschärfung der Mietpreisbremse, Umwandlungsverbot verschärfen, und Milieuschutz ausweiten.</p> <p>Transparenz durch ein Immobilienregister gegen Geldwäsche.</p> <p>Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds umwandeln.</p>	<p>verordnungen und Mietrecht.</p> <p>Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer 500T€.</p> <p>Abschreibungen erhöhen, Baugenehmigungen beschleunigen, Baulückenkataster erstellen, Vorrang des Wohngelds vor dem sozialen Wohnungsbau.</p> <p>Schlankere Vergabe-, Register- und Informationsbestimmungen, „One in – two out“, <b>Bürokratiepflichten</b> in KMU und Gastgewerbe abschaffen.</p> <p>Kompetenzverteilung zwischen den staatlichen Ebenen neu regeln, die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben und das öffentliche Dienstrecht flexibilisieren.</p> <p>Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und die Stärke des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs nutzen.</p> <p>Vergabeschwellenwerte für 2020 und 2021 zu erhöhen.</p> <p>Beteiligungsbremse für den Staat: Anteile von Post und Telekom verkaufen.</p> <p><b>Ausbildung zur Erzieher*in</b></p>
--	--	---	--	--	---











<p>stützungssystem regelt: Definition der Fachkräfte, Personalschlüssel, Leitungsschlüssel. Fachberatung, Fortbildung, systematische Weiterbildung, Dienst- und Fachaufsicht, Räume, Außengelände, Elternmitwirkung, Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule, bei der Leistungserbringung durch freie Träger die Verpflichtung der Tarifbindung.</p> <p>Fachkräfteoffensive starten, bis 2025 fehlen bis zu 400.000 Fachkräfte im System. Ausbildung ist bundesweit so zu realisieren, dass sie durch die Bundesagentur für Arbeit förderfähig ist und horizontale und vertikale Durchlässigkeit ermöglicht.</p> <p><b>Ausbildung zur Erzieher*in</b></p> <p>Gesetzlichen Anspruch auf angemessene Ausbildungsvergütung sowie kostenfreie Ausbildung für alle Auszubildenden.</p> <p>Anspruch auf geplante und strukturierte Praxisanleitung für alle Ausbildungen etablieren.</p> <p>Festlegung von bundeseinheitlichen Qualitätsstandards für theoretische und prakti-</p>	<p>drauflegen)</p> <p>Energetische Sanierung: Wohnungsbaugesellschaften in die Pflicht nehmen, steuerliche Förderung besonders von Betriebsgebäuden und vermieteten Wohnungen verbessern.</p> <p>Dörfer und Städte vitalisieren: Zukunftspakt für Innenstädte schmieden, Smart-City-Konzepte entwickeln, Dorfkernsanierung fördern, Breitbandausbau und Co-Working-Spaces fördern.</p> <p>Mietkaufmodelle und Unterstützung genossenschaftlicher Wohnmodelle prüfen.</p> <p><b>Regionalpolitik – Gleichwertige Lebensverhältnisse</b></p> <p>Förderung strukturschwacher Regionen fortführen, Investitionen in Infrastruktur jeder Art</p> <p>„Wir stehen zum vereinbarten Kohle-Kompromiss“</p> <p>Ansiedlung weiterer Bundesbehörden in Ostdeutschland im ländlichen Raum.</p> <p>Sonderprogramm Verkehrsinfrastrukturprogramm nach Polen und Tschechien.</p> <p>Weimarer Dreieck</p>	<p>schulgeldfreie Ausbildung.</p> <p>Duale Ausrichtung der Ausbildung.</p> <p><b>Kultur fördern</b></p> <p>Kulturpolitische Spitzengespräche zu bundesweitem Kulturplenum weiterentwickeln, Kultur als neues Staatsziel im GG verankern.</p> <p>Lebens- und Arbeitsbedingungen von Künstler*innen berücksichtigen, Mindestgagen und Ausstellungshonorare zur besseren sozialen Sicherung von freischaffenden Künstler*innen etablieren.</p> <p>Bundeskulturfonds ausbauen, Filmförderung, Kinoförderung, Förderung von Computerspielen, Digitalisierung von Mediatheken vorantreiben.</p> <p>Zeitzeugenberichte der NS-Zeit zugänglich machen, Bundesstiftung Aufarbeitung (SED-Diktatur) fördern, Koloniales Erbe</p> <p><b>Familienpolitik</b></p> <p><b>Gut aufwachsen</b></p> <p>Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit einführen:</p> <p>2 Wochen Elternschaftszeit direkt nach der Geburt eines</p>	<p>Betreuungsschlüssel, gebührenfreie Kitas, kostenloses Essen, mehr Erzieher*innen, Beruf attraktiver machen, gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung.</p> <p><b>Ausbildung zur Erzieher*in</b></p> <p>Schulgeld soll entfallen.</p> <p>Ausbildungsvergütung, die zum Leben reicht.</p> <p>Ausbildung auf Hochschulniveau anheben.</p> <p><b>Kultur</b></p> <p>Einbeziehung aller in die gesetzlichen Sozialsicherungssysteme, Künstlersozialkasse für weitere Gruppen öffnen, Mindeststandards der Honorierung, Urhebervertragsrecht stärken</p> <p>Bundeskulturministerium schaffen.</p> <p>Filmisches Erbe bewahren.</p> <p><b>Familienpolitik</b></p> <p><b>Familien unterstützen</b></p> <p>Mindestelterngeld auf 400 Euro, beim ElterngeldPlus auf 200 Euro anheben, mit längerer Laufzeit (12 Monate pro Elternteil).</p> <p>Keine Anrechnung des El-</p>	<p>Erwerb von Wohneigentum erleichtern.</p> <p>Ressorcenschonendes und kreislaufgerechtes Bauen.</p> <p>Offensive studentisches Wohnen fördern.</p> <p><b>Gleichwertige Lebensverhältnisse</b></p> <p>Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ ins Grundgesetz aufnehmen.</p> <p>Mindeststandards für zentrale Versorgungsbereiche festlegen.</p> <p>Bundesstrategie „Orte des Zusammenhalts“ auf den Weg bringen.</p> <p>Gezielte Ansiedlungen in Ostdeutschland.</p> <p>Errichtung eines Zukunftszentrums für Deutsch Einheit und Europäische Transformation.</p> <p>Gemeindefinanzen besser aufstellen, Unterstützung bei den kommunalen Altschulden.</p> <p>höhere Grundfinanzierung statt einzelner Förderprogramme.</p> <p>Schnelles Internet überall und Rechtsanspruch durchsetzen.</p>	<p>Schulgeldfreiheit und Vergütung.</p> <p><b>Kultur</b></p> <p>Für Anstieg der institutionellen Förderung, Förderprogramme für kleine Unternehmen und Solo-Selbständige in der Kultur- und Kreativwirtschaft.</p> <p>Kultur als Staatsziel im GG Art 20b aufnehmen.</p> <p><b>Familienpolitik</b></p> <p><b>Modernes Recht für starke Familien</b></p> <p>Kinderchancengeld einführen, bestehend aus: Grundbetrag, Flexbetrag und nichtmateriellem Chancenpaket</p> <p>Elterngeld und ElterngeldPlus ausbauen, Partnermonate verlängern (Rechtsanspruch), höherer Freibetrag für Familien und Alleinerziehende</p> <p>Abschaffung § 219a Strafgesetzbuch</p>
--	---	---	---	---	---



					
<p>sche Ausbildung, wie bundesweit einheitliche, sozialpartnerschaftlich erarbeitete Rahmenpläne.</p> <p>Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb als Ausbildungsträger, der für die Ausbildung verantwortlich ist, abschließen.</p> <p>Bundesweit einheitlicher Rechtsrahmen nach Vorbild BBiG.</p> <p>Finanzierung analog dualem System.</p> <p><b>Kultur</b></p> <p>Vergütung für Werknutzungen absichern</p> <p>Urheber*innen sowie ausübende Künstler*innen bleiben wohl auch nach der Umsetzung der EU-Richtlinien zum Urheberrecht strukturell unterlegen und bedürfen weiterer Stärkungen ihrer individuellen und kollektiven Rechte.</p> <p>Ausstellungsvergütung im Urhebergesetz verankern.</p> <p>Bildende Künstler*innen haben von der Änderung des Urhebervertragsrechts bisher keinen nennenswerten Nutzen. Öffentliche Kulturfinanzierung absichern - mit der Vergabe</p>	<p>(Frankreich, Deutschland, Polen) stärken.</p> <p>Arbeitsplätze auf dem Land schaffen: Errichtung von Heimatagenturen.</p> <p>Gute medizinische Versorgung auf dem Land sichern.</p> <p>Verkehrsinfrastruktur schaffen, nachhaltig mobil sein.</p> <p>Qualitativ hochwertige <b>Kinderbetreuung</b>, verlässlich und dem Bedarf angemessen: Kita-Ausbau und Qualität über 2022 hinaus weiter fördern; Sprachförderangebote für alle Kinder.</p> <p><b>Kulturation Deutschland</b></p> <p>Kulturelle Bildung und Infrastruktur sind Teil der Daseinsvorsorge</p> <p>Kultur- und Kreativwirtschaft mit über 1,8 Millionen Erwerbstätigen soll wieder wirtschaftliche Dynamik entwickeln, Programm „Neustart Kultur“ fortsetzen.</p> <p><b>Familienpolitik</b></p> <p><b>Familienland Deutschland</b></p> <p>Elterngeld weiter stärken und Väter ermutigen es stärker zu nutzen: Partnermonate um zwei auf 16 Monate</p>	<p>Kindes (kurzfristig und sozial abgesichert)</p> <p>Familienarbeitszeit: flexible, geförderte Elternteilzeit nach dem 1. Lebensjahr eines Kindes (ElterngeldPlus) solange wie es Anspruch auf Elternzeit gibt (also bis zum 8. Geburtstag des Kindes)</p> <p>Dauerhafte Ausweitung erhöhter Kinderkrankentage auf 20 Tage/Kind, Jahr und Elternteil.</p> <p>Familienpflegezeit: Pflege mit Erwerbsarbeit kombinieren: 15 Monate Anspruch auf Lohnersatz bei Arbeitszeitreduzierung.</p> <p>Kindergrundsicherung: einkommensabhängiges Kindergeld, Basisbetrag rd. 250 €, Höchstbetrag mind. doppelt so hoch - je nach Bedürftigkeit. Sowie kostenfreier Zugang zu Infrastrukturen/Teilhabe.</p>	<p>terngelds auf Transferleistungen.</p> <p>Neue Arbeitszeitmodelle, besonderen Kündigungsschutz für Eltern (bis zur Vollendung des 6. LJ des Kindes).</p> <p>Dauerhafte Verlängerung der Kinderkrankentage um je 10 (20) Tage pro Kind und Beschäftigten.</p> <p>10 Tage Freistellung für den zweiten Elternteil bei der Geburt eines Kindes.</p> <p><b>Kinderarmut</b> überwinden: finanzielle Unterstützung bei Armut/ eigenständige Kindergrundsicherung i.H.v. 630 Euro für die ärmsten Kinder (gestaffelte Abschmelzung bis zu 328 Euro); Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro einkommensunabhängig. Sowie kostenfreier Zugang zu Infrastrukturen/Teilhabe.</p>	<p><b>Planungs- und Investitionsbeschleunigung</b> durch Verschlankung.</p> <p><b>Verwaltungsmodernisierung</b> durch Digitalisierung der Ämter und Leistungen</p> <p><b>Öffentlichen Dienst</b> stärken: mehr Stellen, gute Bezahlung, flexible Laufbahnen, mehr Durchlässigkeit, große Fortbildungsoffensive (Digitalisierung in der Verwaltungsausbildung), Diversifizierung bei der Einstellung.</p> <p><b>Kultur nach Corona retten</b></p> <p>Kultur- und Kreativwirtschaft brauchen gezielten Schutz und verbesserte Förderung.</p> <p>Künstlersozialkasse finanziell stärken und Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung vereinfachen.</p> <p>Angemessene Vergütung für Urheber*innen sicherstellen.</p> <p>Film- und Kinokultur fördern.</p> <p><b>Familienpolitik</b></p> <p><b>ElternzeitPlus</b> auf 24 Monate ausweiten: pro Elternteil je 8 Monate, weitere 8 Monate flexibel, wenn bei ElterngeldPlus Teilzeit genommen wird</p>	



					
<p>öffentlicher Gelder sind gute Arbeit und faire Bezahlung sicherzustellen.</p> <p><b>Familienpolitik</b></p> <p>Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter. Geschlechtergerechte Ausgestaltung des Elterngeldes durch Ausbau der Partnermonate innerhalb der 14 Monate. Bis zu einem Nettoentgelt von 600,- Euro sollten 100 % als Elterngeld gezahlt werden, für das darüber liegende Entgelt müssen die Staffellungen verbessert werden.</p> <p>Keine Anrechnung von SGB II-Leistungen, Sozialhilfe und Kinderzuschlag auf das Elterngeld.</p> <p>Maßnahmen aus Pflegezeitgesetz und Familienpflegezeitgesetz zusammenführen.</p> <p>Einführung einer Entgelt-Ersatzleistung für bis zu sechs Monate, flexible Arbeitszeitarrangements und Arbeitsorte für die betroffenen Beschäftigten mit anschließendem Rückkehrrecht und eine angemessene Anrechnung auf die Rente.</p> <p>Abschaffung des § 219a</p>	<p>ausweiten.</p> <p>Zeitwertkonten als Familienzeitkonten praktikabler machen.</p> <p>Familienleistungen bündeln und durch Digitalisierung/Automatisierung vereinfachen.</p> <p>Familienrecht: Vorschriften im Unterhalts-, Sorge- und Umgangsrecht anpassen (im Zentrum das Kind).</p> <p>Bundesprogramm Kinder als Opfer von Gewalt.</p>			<p>verlängert sich entsprechend der Bezugszeitraum, bis zum 14. LJ des Kindes.</p> <p><b>Flexibler Vollzeitkorridor.</b></p> <p>Recht auf <b>Rückkehr in Vollzeit</b> auch für kleinere Betriebe.</p> <p><b>Kindergrundsicherung</b> soll untere und mittlere Einkommen entlasten.</p> <p><b>Kinderkrankengeld</b> auf 15 Tage im Jahr pro Kind und Elternteil erhöhen (Alleinerziehende 30 Tage), bei jüngeren Kindern dies noch zusätzlich erhöhen, Altersgrenze auf 14 Jahre erhöhen, ärztliches Attest erst ab dem 4. Tag.</p> <p>Neben <b>Mutterschutz</b> dem 2. Elternteil eine 14-tägige Freistellung ermöglichen.</p> <p><b>Unterhaltsvorschuss</b> für Alleinerziehend nur noch hälftig auf Kindergeld anrechnen.</p>	





					
Strafgesetzbuch.					

**Medienpolitik/Pressefreiheit:** siehe Kapitel Demokratie stärken – Frieden bewahren



**Liebe Kolleg\*innen,**

wir nehmen in der Synopse der Wahlprogramme auch das Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) unter die Lupe. Dazu stellen wir klar: Die AfD ist zwar auf demokratischem Wege in den letzten Jahren in Parlamente gewählt worden, sie ist aber nach Auffassung von ver.di keine demokratische Partei, da sie in grundlegenden Fragen von demokratischen Werten abweicht und eine Politik der Ausgrenzung betreibt, die der Demokratie schadet. Sie ist daher nicht vergleichbar mit anderen Parteien, die bei bestimmten Themen zwar andere Positionen oder Meinungen als wir vertreten, sich aber zugleich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur parlamentarischen Demokratie bekennen.

Zu der Auffassung, dass es sich bei der AfD nicht um eine demokratische Partei handelt, sind wir schon lange vor Einstufungen der AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall durch Landesämter oder das Bundesamt für Verfassungsschutz gelangt. Auf dem 5. ver.di-Bundeskongress im September 2019 haben rund 1.000 Delegierte die gewerkschaftlichen Grundwerte von Solidarität und Respekt gegenüber allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter und Hautfarbe – und das Ziel, gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu kämpfen, bekräftigt. In dem Zusammenhang wurde auch beschlossen: ver.di stellt sich Nationalismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit entgegen, und

- klärt über die gewerkschafts- und demokratiefeindlichen Ziele und Vorstellungen von Organisationen und Parteien wie der AfD auf;
- schließt eine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen und Parteien aus;
- stellt rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen oder Parteien keine gewerkschaftlichen Räume zur Verfügung;
- lädt keine Funktionär\*innen, Mandatsträger\*innen solcher Organisationen oder Parteien zu Veranstaltungen von ver.di ein;

Entsprechend unserer Beschlüsse werden wir AfD-Vertreter\*innen nicht zu den Aktivitäten einladen, die wir beispielsweise aktuell unter dem Motto „ver.di wählt“ entfalten und setzen vielmehr darauf, dass unsere Mitglieder den Widerspruch in den AfD-Positionen und den gewerkschaftlichen Vorstellungen von Solidarität und Mitbestimmung erkennen und daraus ihre Schlüsse ziehen. In einem Atemzug mit den demokratischen Parteien nennen wir die AfD nicht, um nicht zu einer Normalisierung ihrer Positionen beizutragen.

**ver.di-Bundesvorstand  
Berlin, im Juni 2021**



## AfD

### Rente

„Jede/r Einzelne entscheidet, wann er/sie in Rente geht. Die Rentenhöhe hängt dabei von den eingezahlten Beiträgen und dem Renteneintritt ab. Wer länger arbeitet bekommt mehr Rente, wer kürzer arbeitet, weniger.“ **Mindestsicherungselemente:** „Bei Versicherten, die lange in die Rentenkasse eingezahlt haben, sollen 25% der Rente nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden.“ (S. 124f)

**Grundsätzliche Ausrichtung und Finanzierung:** Familien sollen für jedes Kind 20.000 Euro Rentenbeiträge für die Eltern aus Steuermitteln erhalten. Wehrpflicht wieder einführen. Je Monat Wehrdienst und Zivildienst 1/12 EP. **Ausbau der GRV-Erwerbstätigen-versicherung:** „Politiker\*innen und Beamt\*innen sollen in die GRV einzahlen.“ Reduzierung des Beamtenstus auf originär hoheitliche Aufgaben.“ (S. 126f)

„Steuerzuschüsse zur Rente sind durch konsequente Streichungen von ideologischen Politikmaßnahmen, beispielsweise in der Migrations-, Klima- und EU-Politik gegen zu finanzieren.“ (S. 124)

**Ostrenten:** „Für die Härtefälle und groben Unbilligkeiten im Rentenüberleitungsprozess werden wir einen Ausgleich durch eine Fondslösung schaffen“. (S. 128)

### Gesundheit/Pflege

#### Krankenhaus (S. 136ff)

- „Bestehende Finanzierung in dem DRG-Fallpauschalensystem hat sich als Zuteilungs- und Sparsystem mit der Heckenschere erwiesen. Die Steuerungsfunktion zur Bereinigung von angeblichen Überkapazitäten potenziert Verwerfungen und beschleunigt Kliniksterben im ländlichen Raum“
- Einführung eines Individualbudgets
- Individuelle Finanzierungsvereinbarung zwischen den Krankenkassen und den jeweiligen Kliniken: berücksichtigt werden müssen: „klinische Leistungsgeschehen, die Prüfungsergebnisse des erweiterten neuen Medizinischen Dienstes im Gesundheitswesen (MDG), der tatsächliche Bedarf in der Bevölkerung vor Ort sowie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des jeweiligen Krankenhauses.“
- „Begrenzung privater Träger im Krankenhausbereich bei max. 60%.“
- Kurzzeitpflegeplätze in den Krankenhäusern durch Pflegeversicherung finanzieren
- Paritätisch besetzter und finanzierter Medizinischer Dienst im Gesundheitswesen
- Einführung eines „mehrstufigen Bonussystems für Beitragszahler, das notwendige Arztkontakte nicht verhindert, aber von leichtfertigen Besuchen abhält“
- „Aufhebung der Kopfpauschalen-Vergütung und der Budgetierung der ärztlichen Honorierung.“
- Beendigung der Deckelung im Abrechnungssystem (Degression).
- Finanzielle und organisatorische Niederlassungshilfen.
- Weiteren Ausbau von Arztpraxen / Polikliniken/MVZ mit angestellten Ärzten auch unter der Trägerschaft der Kommunen, aber unter ärztlicher Leitung.
- „Konsequente Wahrnehmung des Sicherstellungsauftrages für eine flächendeckende Versorgungsdichte durch die Kassen(zahn-)ärztlichen Vereinigungen“

#### Pflege (S. 138ff)

- „leistungsgerechte angemessene Bezahlung der Pflegekräfte über einen Flächentarifvertrag mit steuerfreien Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen.“
- Bundeseinheitliche gesetzliche Personaluntergrenze für Pflegeeinrichtungen mit einer Pufferregelung bei deren kurzzeitiger Unterschreitung



- Regelmäßige Überprüfung der Ergebnis- und Abrechnungsqualität in Pflegeeinrichtungen
- Förderung und Finanzierung der Ausbildung zur Pflegefachkraft und nicht nur der Pflegehilfskräfte über das Jobcenter.
- Fortbestehen der verschiedenen Versorgungsformen
- Förderung altersgerechter Wohnformen
- Befürwortung: getrennter Berufsausbildung von Gesundheits- und Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege
- Unterstützung von pflegenden Angehörigen durch die weitgehende Angleichung des Pflegegeldes an die Pflegesachleistungen

## Versicherung (S. 139f)

- Zusammenlegung von sozialer Pflegeversicherung und gesetzlicher Krankenversicherung
- „Leistungsumfang der sozialen Pflegeversicherung soll dabei dem Versicherungsprinzip in der Krankenversicherung angeglichen werden“
- „kinderlosen Versicherten [ist] aufgrund des Wegfalls der Kindererziehung mit all den damit verbundenen Kosten im höheren Maße die Bildung eigener Rücklagen für den Pflegefall zumutbar“

## Daseinsvorsorge / Sozialstaat

### Investitionen

**Soziale und technische Infrastrukturen** sind die Grundlage unseres heutigen Zusammenlebens. Obwohl wir sie als selbstverständlich wahrnehmen, steigt für die Kommunen der Investitionsstau für die bedarfsgerechte Bereitstellung immer weiter an. ....intakte und flächendeckend ausgebaute Infrastrukturen die Voraussetzung für eine prosperierende Wirtschaft sind und ein sehr wichtiges Mittel gegen den fortschreitenden Bevölkerungsrückgang auf dem Land darstellen. Die **Kommunen** müssen bei der Erfüllung ihrer Pflichtaufgabe zur **Daseinsvorsorge** finanziell wesentlich besser ausgestattet und länderübergreifend in Planungen eingebunden werden. Daseinsvorsorge ist als hoheitliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen zu betrachten und soll daher in öffentlicher Hand bleiben. Aus Sicht der AfD gehört hierzu auch die flächendeckende, anbieteroffene Bereitstellung von **Glasfaseranschlüssen** und eines leistungsfähigen, flächendeckenden **Mobilfunknetze**. (S. 188f)

„Wir wollen mit einem **Blue-Deal-Entwicklungsplan** Investitionen in Technologieführerschaft entfesseln, indem wir: Schulbildung, Hochschulbildung und Forschung verstärkt auf MINT-Fächer ausrichten, die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Produkte fördern, Selbständigkeit und Erfindergeist fördern und damit die Dynamik kleiner innovativer Einheiten nutzen. Technologische und wirtschaftliche Zukunftschancen sehen wir beispielsweise im Wiederaufbau eines nationalen pharmazeutisch-medizinischen Kompetenz-Clusters, in Aufstellung und Umsetzung eines Entwicklungsplans Quantencomputing, in der Entwicklung von Technologien und Geschäftsmodellen zur Weltraumnutzung. Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen für Investitionen im Inland verbessern, die Infrastruktur auf einen zeitgemäßen Stand bringen, Staatseingriffe in den Energiemarkt beenden, damit der Wirtschaftsstandort Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt. Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“ Wir wollen **Bürokratie abbauen** und den Staat effizienter machen durch Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts, Beendigung der Benachteiligung des Mittelstands gegenüber multinationalen Großkonzernen, Sicherstellung verlässlicher rechtlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen, Überprüfung, ggf. Abbau bzw. Befristung von Regulierungen und Subventionen, Überprüfung und Reduzierung der wirtschaftsrelevanten Rechtsgebiete auf Streitfähigkeit. Statt linksgrüner „Weltrettungsprojekte“ braucht es marktwirtschaftliche Freiheit und öffentliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft, um über eine prosperierende Wirtschaft auch hohe soziale Standards finanzieren zu können. (S. 40ff)

Infrastruktur ist die Grundlage für den weiteren Ausbau der **Digitalisierung**. Die AfD fordert die bessere finanzielle und beratende Unterstützung von Kommunen bei OZG (OnlineZugangsGesetz) – Projekten, zu denen sie vom Bund verpflichtet wurden. Die AfD fordert, digitale Verwaltungsprozesse zu verschlanken und zu vereinheitlichen. Das E-Government ist weiter auszubauen, dem Bürger aber eine gleichwertige, niederschwellige, persönliche Kontaktaufnahme zu ermöglichen. (S. 182)

„Solange der Euro zu Lasten Deutschlands weiterbesteht, kann und sollte auch Deutschland einen großen Teil seines **Refinanzierungsbedarfs** über die EZB und die EU abwickeln.“ (S. 56)

### Wohnen/Bauen/Mieten (S. 166f)



„Fehlender Wohnungsneubau, Landflucht, die zunehmende Zahl der Ein-Personen-Haushalte sowie die ungezügelt und gesetzeswidrige Migration führen dazu, dass es für untere und mittlere Einkommensgruppen in angespannten Märkten zusehends schwerer wird, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, müssen nicht nur die Voraussetzungen für bedarfsgerechten Wohnungsneubau z. B. durch die Ausweisung von Bauland geschaffen, sondern auch die Kosten substantiell gesenkt werden.“ Die AfD fordert die Reduktion der überzogenen Standards und Vorgaben, die Streichung der Energieeinsparverordnung sowie den Brand-, den Wärme- und den Schallschutz auf ein notwendiges Mindestmaß zurückzuführen. „Wir benötigen eine bundesweite Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechtes und eine Beschleunigung von Verfahren durch Bürokratieabbau und Digitalisierung.“

Die **Grunderwerbsteuer** auf selbstgenutzte Wohnimmobilien ist ersatzlos zu streichen. „Damit Einheimische besser auf das vorhandene Angebot zugreifen können, ist der Erwerb von Wohnimmobilien durch Käufer ohne deutsche Staatsbürgerschaft, deren Hauptwohnsitz im Ausland liegt, über eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 20% zu erschweren.“ Die Grundsteuer und Gebühren wie die EEG-Umlage und die GEZ-Gebühren (Haushaltsabgabe) sind zu streichen. Der Ausgleich der Grundsteuer an die Gemeinden ist vom Bund zu leisten.

Die AfD will die Schaffung von **Wohneigentum** durch folgende Maßnahmen fördern: Staatliche Wohnungsunternehmen sollen Mietern ihre Wohnung zum Kauf anbieten. Insbesondere für junge Familien ist das Erbbaurecht als kostengünstiger Einstieg in das Eigentum auszubauen. Wohnungsbaugenossenschaften sollen bei Vergabe von Wohnbauland bevorzugt werden, um mehr Bürgern den Einstieg in das Wohneigentum zu erleichtern. Staatliche Bürgschaften als Eigenkapitalersatz für bis zu 10% des Objektwertes sollen den Kauf von Wohnraum erleichtern. „Wir fordern eine steuerliche Sonderabschreibung für die eigengenutzte Immobilie.“

### Mehr Wohngeld statt Sozialer Wohnungsbau

„Es ist besser, einkommensschwache Mieter vermehrt mit Wohngeld zu unterstützen, wodurch eine soziale Durchmischung gewährleistet wird. Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen.“ „Die AfD steht für ein ausgewogenes Mietrecht und lehnt staatliche Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse wie die Mietpreisbremse oder den Mietendeckel ab.“

Wir wollen Bauland vergünstigt an Familien abgeben und die Konditionen der KfW verbessern: Statt teurer Förderung von Energieeffizienzhäusern wollen wir gestaffelte Teilerlasse nach Kinderzahl.“

### Kulturförderung (S. 157)

Die Förderung von Kultureinrichtungen muss transparent sein. „Die staatliche Kulturförderung darf nicht dazu missbraucht werden, die politische Willensbildung zu beeinflussen. Vereine und Stiftungen, die staatlich gefördert werden, müssen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.“ Die AfD bekennt sich zur Kulturhoheit der Bundesländer und will die kulturpolitischen Aktivitäten des Bundes begrenzen. „In der Filmförderung muss die künstlerische Freiheit gewahrt bleiben. Identitätspolitische Vorgaben der staatlichen Filmförderung sind abzulehnen.“

### Familienpolitik (S. 102ff)

„Eine Fortsetzung der herrschenden, familienzersetzenden Politik wird die demografische Katastrophe, in die wir geraten sind, weiter verschlimmern. Am Ende dieses Prozesses steht auch der Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme und letztlich unserer kulturellen Identität.“ (S. 102)

Die AfD will hier mit dem steuerlichen Familiensplitting einen Paradigmenwechsel einleiten, verbunden mit einer Anhebung des Kinderfreibetrages. „Als weitere steuerliche Maßnahmen fordern wir die vollständige steuerliche Absetzbarkeit von kinderbezogenen Ausgaben und eine Absenkung der Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs auf den reduzierten Satz. Ergänzend sollen Eltern zur Herstellung der Lastengerechtigkeit bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 € erhalten bzw. von zukünftigen Beiträgen in entsprechender Höhe freigestellt werden.“ (S. 104)

Für junge Familien sollen die Erstanschaffungen bei Familiengründung durch einen Ehe-Start-Kredit unterstützt werden. „Es muss wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann.“ Die AfD will Familien entlasten, indem ihnen Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 € pro Kind freigestellt werden. Der Ehe-Startkredit soll Deutschen im Sinne des Grundgesetzes gewährt werden sowie EU-Bürgern, die seit mindestens 20 Jahren in Deutschland leben. Mit jedem Kind wird ein Teil des Kredits erlassen. BAföG-Empfängern soll bei



einer Geburt während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung bei erfolgreichem Abschluss erlassen werden. (S. 106f)

Der Wiedereinstieg von Eltern nach der Babypause soll vereinfacht werden, indem nach Kinderzahl gestaffelte Lohnsubventionen an die Arbeitgeber gezahlt werden.

„Politische Ideologien, wie z. B. Genderwahn und Klimahysterie, werden den Kindern heute schon im Vorschulalter nähergebracht. Die AfD fordert, Kitas und Schulen von Angst und Hysterie freizuhalten und eine positive Lebenseinstellung zu vermitteln. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu vereinfachen, sind Betriebskindergärten stärker als bisher zu fördern.“ (S. 111)